

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 27 (1937)

Heft: 27

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwochenschau

„Stuckismus“

Mit einem Schlagwort haben die welschen Gegner einer Zusammenarbeit mit den Linksparteien die Versuche der Linksfreisinnigen in verschiedenen deutschen Kantonen, einen neuen Sammelpunkt zu bilden, „harpuniert“. „Stuckismus“, tönnte es aus verschiedenen Presseorganen Genfs und Lausannes. Man möchte das Horoskop Stuckis kennen. Den Titel Minister tragen sonst unsere Gesandten im Ausland. Stucki, der Berner, erhält den Titel als Unterhändler und Spezialbevollmächtigter, und dieser Titel „Minister Stucki“ bürgert sich ein. Fast als ob hier eine Bestimmung dran hänge. Er wird als Bundesratskandidat genannt, aber er bleibt lieber der Minister. Bis auf den Moment, der einmal kommen muß. Denn ihm ist klar, die Basis des Bundesrates muß erweitert werden. Schon lang ist ihm das klar. Die Freisinnigen des Kantons Bern stellten ihn an die Spitze ihrer Kandidatenliste, bei den letzten Nationalratswahlen. Sie wissen, warum. Es ist was um den Mann . . . er wird wie ein Magnet wirken. Denn was er als Unterhändler in verschiedenen Fällen erreicht, sichert ihm die Anerkennung verschiedenster Richtungen.

Da treten die „Richtlinien“ auf den Plan. Die Angestelltenverbände sind die Urheber. Ja nicht „Parteien“. Aber es kommen zusammen die Gewerkschaften und Jungbauern, und sofort ist die politische Abstempelung fertig. Und obwohl die Sozialdemokraten als Partei von der Bewegung ferngehalten werden . . . als Gewerkschaften sind sie drin. Und da können die andern Parteien nicht mitmachen, auch die Freisinnigen nicht. Heißt das, besonders die maßgebenden.

Minister Stucki greift ein, schlägt eine Resolution vor. Absolut nicht im Sinne des Anschlusses an die Richtlinien. Aber ein Zusammensehen soll versucht werden. Und zwar legt seine Resolution den Richtlinienleuten direkt Bedingungen vor, wie „Anerkennung des Privateigentums“. Eine Sache, die für Sozialdemokraten schwere Gewissenskonflikte bedeuten muß. Ein Wunder, wenn sie solche Anerkennung unterschreiben könnten. Doch im Welschland sagt man: Die werden unterschreiben . . . denn sie verleugnen aus Angst vor dem Faschismus alles, was sie bisher verkündeten. Aber sie werden lügen. Und Stucki wird der Betrogene sein. „Stuckismus“, das ist die Versuchung für das Bürgertum, sich zu spalten, den Freisinn an die Richtlinien zu koppeln und von den Konservativen zu lösen.

Es haben in jüngster Zeit außer den Zürcher Demokraten, die Berner Freisinnigen und die Baselländernebst den Zugern für Stuckis Resolution votiert, die Freiburger, Walliser, Solothurner dagegen. Der Zentralvorstand tritt mit einer Variante für Stucki ein. Das Hin und Her ist vielfältig, aber es scheint doch, daß es gehen werde. Man muß eine Sache nur mit einer Etikette behängen, dann wird sie populär und setzt sich eines Tages durch. Jedenfalls bedeutet die Erfindung des Wortes „Stuckismus“ einen Entscheidungsruf in der politischen Umgruppierung dieser Epoche.

Die gelähmten Demokratien

Als im letzten Jahrhundert Europa drei Kontinente zu verschlingen schien, die Aufteilung Chinas schon vor der Tür stand und Amerika nur deshalb nicht in Frage kam, weil es schon „europäisiert“ war, philosophierte man über die Gründe dieses Vorsprunges der weißen Rasse: Natürlich konnten die farbigen Völker mit ihren rückständigen Staatsformen den zentralisierten Militär- und Industrie-Mächten nicht widerstehen. Nun sehen wir innerhalb Europas den Wettbewerb um die Schlagkraft neue Gestalt annehmen. Demokratie gegen Diktatur, das ist im Grunde die Auseinandersetzung die auf einen einzigen Willen ausgerichteten „Nationen“ die Vorherrschaft gewinnen, oder gibt es für die Demokratien noch irgendwelche

Hoffnung, sich neben den Diktaturen behaupten oder gar durchsetzen zu können? Oder müssen sie eine Beute der höchst konzentrierten Nationalismen werden, wie vor dem die Haupts- und Sultanstaaten und Städtchen Afrikas?

Es ist gar keine Frage, daß die Demokratien eine Form der Kräftekonzentration finden müssen, sollen sie nicht untergehen, eine Form der raschen Schlagkraft und des eindeutigen und einsatzfähigen Widerstands- und Angriffswillens, die der Stoßkraft der Diktaturen ebenbürtig oder „überbürtig“ ist. Das wird uns täglich demonstriert mit einer Deutlichkeit, an der nur Totalblinde vorbeigehen können.

Da versuchen Italien und Deutschland, die Engländer in die Franco-Front hineinzumanöverieren. Die rätselhafte Geschichte mit dem Torpedierungsversuch gegen die „Leipzig“ wird zum Angelhaken, an welchem London gefischt werden soll. London erklärt: Ja, wir werden mitmachen, aber vorher muß untersucht werden. Berlin und Rom antworten: Was unsere Schiffsoffiziere melden, ist Untersuchung genug. Ihnen nicht zu glauben, eine Beleidigung! Also ziehen wir uns von der Seekontrolle zurück. London bedauert, Frankreich sekundiert das Bedauern. Einige Tage darauf werden in Malaga oder Cadiz 15000 neue Italiener gelandet. In Cadiz setzt sich die kartographische Abteilung des italienischen Generalstabs fest. Als ob der Aufmarsch Italiens im Rücken Frankreichs beschlossene Sache sei. Die gesamte deutsche Flotte ist „auf den Beinen“, kreuzt bei Gibraltar, fährt einmal ins Mittelmeer, dann wieder in den Ozean hinaus. Ganz offensichtlich wird der Rückzug von der Seekontrolle zum Aufstieg der offenen Unterstützung Francos. England aber konstatiert weiter. Sein Außenminister Eden erklärt im Unterhaus: Die Flugzeuge, welche Francos Sieg über Bilbao ermöglichten, waren zu 100 % italienisch und deutsch. Er droht dunkel: Wir werden nicht immer nur zurückweichen müssen. Er hängt den Hinweis auf die wachsende britische Rüstung dran. Aber getan wird nichts. Von einer Aufhebung der „Nicht-Intervention“ könne keine Rede sein, sagt er. Die Valenciacregierung würde davon nicht profitieren, da ja doch USA und England ihr keine Waffen liefern. Und das sagt Eden angesichts der Tatfrage gesteigerter Riesenverdienste gerade auch der britischen Rüstungsindustrie, welche auf wunderbaren Wegen sowohl Franco wie Maja als Kunden findet. Der ganzen „Nichtintervention“ zum Trotz.

Hier haben wir das Schulbeispiel der „schlag-unfähigen“ Demokratie. Rüstungsinteressenten wollen die Tatlosigkeit der Regierung. Das Land erleidet den größten Schaden. Bilbao hat England bisher den besten Teil der Erze geliefert, die es zur Aufrüstung benötigt. Bilbao fällt in Francos Hände. Nun müßte die Regierung handeln. Aber sie wird nicht handeln, sondern verhandeln. Denn die gelähmte Handlungsfähigkeit wird in der Demokratie durch raffinierteste Verhandlungsfähigkeit ersetzt. Man wird also unterhandeln müssen, und zwar mit Franco. Damit er die Bilbao-Erze nicht restlos an die Deutschen abliefern läßt. Um der baskischen Metalle willen wird man vielleicht den Diktator demnächst als Herrn von Spanien anerkennen und die Regierung der Republik fallen lassen. Das britische Spiel, Italiener und Deutsche durch Franco selbst aus Spanien treiben zu lassen, wird deutlichere Formen annehmen, sobald Franco noch mehr Boden erobert. Für einen britischen Lord mit britischer politischer Tradition ist es klar, daß der spanische Diktator sehr bald froh sein dürfte, britische Hilfe gegen seine Helfer zu finden. Also wartet man zu. Franco kann in einem Monat die ganze Provinz Santander nehmen und an der Nordküste bleibt nur noch das östliche Asturien „rot“ . . . ein Stücklein von der Größe eines mittleren Schweizerkantons. Er kann dann die schwache Aragonfront durchstoßen und dem katalanischen Spuk ein Ende bereiten. Dann ist die spanische Sache entschieden. Darum muß man Franco beizeiten so „anständig“ als möglich behandeln, damit

man mit seiner Hilfe Mussolini und Hitler wieder aus dem Pyrenäenland rauskriegt.

Ob diese Rechnung der „britischen Demokraten“ stimmt? Mussolini wird immer einen Sprung weiter sein. Schutz- und Trutz-Bündnis mit Franco, Achse Rom-Madrid, und das „zweite Abessinien“ ist für England komplett. Verhandlungsschlauheit ist gegen forsches Handeln unterlegen.

Und wer weiß, es geht auch die Rechnung mit Frankreich fehl! Dort hat sich das neue „Volksfront-Kabinett“ unter dem Radikalen Chautemps und Blums Vizepräsidentschaft gebildet. Aber niemand wagt zu glauben, daß es zu einer befriedigenden Lösung der Finanzfragen komme. Eine neue Frankenabwertung droht. Eine neue Preishäufse und damit „indirekte Staatsentschuldung“ scheinen der einzige Ausweg. Wenn nun versucht wird, die folgerichtige Lohnbewegung nicht wieder, wie im letzten Jahr, ausbrechen zu lassen, sondern sie zu stoppen, dann bricht die Volksfront doch zusammen, und „die Rückkehr Lavals“ steht vor der Türe . . . oder der Bürgerkrieg. Im jehigen Moment charakterisiert sich auch Frankreich als Demokratie mit außen- und innerpolitischen Lähmungerscheinungen auf Grund widersprechender Interessen, die niemand auf den gleichen Nenner zu bringen versteht.

—an—

Kleine Umschau

So lieblich der Juni lächelte, als er seinen Monatslauf begann, so weinerlich ist er jetzt am Schluß desselben. Seit er sein Ende zu ahnen begann, hörte es überhaupt gar nicht auf zu regnen, und wenn er auch am Tage „für die Chlynsche“, der auf einen Mittwoch fiel, ein Einsehen hatte, und die Sonne nicht hinter Wolkenfleier steckte, so verregnete es doch an den vorhergehenden und nachfolgenden Wochenendtagen so manches Garten- und Waldfest, und sogar Strand- und Pontonierfeste sind buchstäblich ins Wasser gefallen. Es wäre daher auch gar kein Wunder, wenn der junge Juli, den Fußstapfen seines Vorgängers folgend, auch gleich den Urnentag zwecks Gemeinderatswahl verregnete. Verzagelt wird er der einen oder anderen Partei sowieso auf jeden Fall, da so viel ich weiß, keinerlei Kompromiß zwischen den Gegnern geschlossen wurde. Es geht also bei beiden auf das Ganze. Welcher Gruppe es dann das Ding verzagelt hat, das erzähle ich nächste Woche, denn die Dinge stehen so auf der Kante, daß man sich beim Prophezeien sehr leicht gründlich blamieren könnte. Und darum will ich mich auch, was die Zukunft der Stadt Bern anbelangt, mäuschenstill verhalten.

Unbrigens sagte schon vor vielen, vielen hundert Jahren der griechische Philosoph Heraclit: Panta rei oder zu deutsch: Alles fließt. Ich aber tröstete vor bedeutend kürzerer Zeit, weniger pathetisch, dafür auch unserem unsoliden Zeitgeist angemessener, ein ganz wunderschönes junges Fräulein mit den Worten:

Es ist halt auf der Erden
November bald, bald Mai,
Bald obsi und bald nidsi
Und alles geht vorbei.

Und wenn wir in der nächsten Zeit unter ein anders gefärbtes Stadtregiment kommen sollten, als dies bisher der Fall war, so wird das auch nicht ewig dauern, es kommt ja dann doch wieder anders. Manchmal kommts sogar anders, ohne daß die Regierungsfarbe wechselt. In Frankreich, der vielbesuchten Großmutter aller Demokratien, dekretiert heute zum Beispiel ein hochdemokratischer Ministerpräsident einfach via Amtsblatt: die Schließung der Handels- und Wertschriftenbörsen ab 29. Juni bis auf unbestimmte Zeit . . . Den Aufschub der Zahlung von Handelsverpflichtungen, die auf Gold oder ausländische Devisen lauten, auf Wunsch des Schuldners bis an einen späteren zu gebenden Termin, und derselbe Ministerpräsident soll beabsichtigen, dieser Tage das Parlament „sine die“, also auf unbestimmte Zeit zu vertagen, um in seinen demokratischen Verfügungen von niemandem gehemmt werden zu können.

Und trotzdem dreht sich die Erde ruhig weiter, die anderen Demokratien wackeln nicht einmal mit den Ohren, und selbst die Diktaturen plagen nicht vor Neid. Und so wird's auch uns nicht den Kopf kosten, wenn wir wieder einmal eine Zeit lang anders regiert werden sollten.

Allerdings ist fast alles schwer, auf dieser Welt, manchesmal sogar der so viel bewußte „Dienst am Kunden“. Wenn man die Augen öffnet und die Ohren spitzt, kann man auch da seine Wunder erleben. So beobachtete ich jüngst in einem großen Geschäftshaus, das u. a. auch Damenkleider führt, eine hoch-elegante junge Dame, als sie unter den neuen Modellen ihre Auswahl traf. Und ehe sie noch die Probekabine aufsuchte, verlangte sie von der Verkäuferin einen Leih-Unterrock, da sie selbst nur Unterhöschen an hätte, die Modellröcke aber unbedingt auf Unterröcken geprobt werden müßten. Und als sie dann glücklich in der Kabine drinnen war, ging die Züglete los. Die Kabine wurde mindestens dreimal mit Probekostümen gefüllt und wieder entleert, und ich glaube kaum, daß auch nur ein einziges Modell ungeprobpt davon kam. Endlich hatte sie aber doch ihre Wahl getroffen, und die Probierdamen seufzten erleichtert auf und begannen die verschmähten Kleider wieder abzuschleppen. Die Dame betrachtete sich das auserwählte Kleid noch einmal haargenau und sagte dann hocherhobenem Näschen zur Verkäuferin: „So, und nun legen Sie das Kleid für mich auf die Seite, bis die billigen Ausverkaufstage kommen, wenn dann die Preise stark reduziert sind, entschließe ich mich vielleicht doch, es zu nehmen. Sollte es aber dann nicht mehr da sein, dann haben Sie mich auch zum letztenmale hier gesehen.“ Und damit rauschte sie stolz davon. Die Verkäuferin aber blickte verzweifelt auf das zurückgelassene Kleiderstohu-hohu und sagte dann ganz resigniert: „Gott sei Dank, den Probierunterrock hat sie doch nicht mitgenommen.“

Na, aber es kommt auch sonst meist anders, als man dachte. So stellte ich mir auf Grund der verschiedensten Zeitungsnotizen den künftigen Dachgarten auf der Großgarage im Gerngraben immer als märchenhafte Oase im steinernen Häusermeer vor, etwa mit sanft im Winde schaukelnden Dattelpalmen, mit phantastisch blühenden Kakteen und wuchernden Lianen, so wie man sich eben als Abendländer eine tropische Oase vorstellt. Und heute steht das „Böfigermätteli“ so ziemlich kahl und schmucklos da. Seit die Gartenbauausstellung vorüber ist, wurde selbst ein Teil des Rasens umgegraben, so daß uns die nackte Mutter Erde anstarrt. Und es ist mir wirklich ein Rätsel wie da das kahle Mätteli, seine ihm vom Volksmund angewiesene Bestimmung, das Defizit der Garage zuzudecken, erfüllen soll. Na, aber als Optimist tröste ich mich damit, daß es vielleicht auch mit der Garage anders kommt, als man dachte, und vielleicht hat sie dann zum Jahresabschluß gar kein Defizit.

Mit der „Luftschutzverdunkelung“ ist es ja, wenn auch nicht z'Bärn, so doch z'Basel, auch ganz anders gekommen, als man dachte. Die leichtsinnigen Beppis scheinen vom Ernst der Sache gar nicht durchdrungen zu sein und fassen die Verdunkelung als eine Art Volksbelustigung auf. Als kürzlich die Altstadt verdunkelt werden sollte, verlangten die Basler Wirte „Freinacht“, damit das Publikum nach Abbruch der Übung das Ereignis auch noch gebührend feiern könne. Und die Basler Polizei machte gute Miene zum bösen Spiel und bewilligte die Freinacht. Wir hier z'Bärn fassen den Luftschutz schon viel ernster auf, was auch weiter kein Wunder ist, da wir schon fast hundertjährige Luftschutzverordnungen haben. Oder soll das vielleicht keine Luftschutzverordnung sein, wenn der § 48 des Baureglements der Stadt Bern aus dem Jahre 1839 besagt: „Die Estrichböden sollen mit Blättlein oder Ziegeln gedeckt oder mit Mörtel übergoßen seyn.“ z'Bärn gibt es wirklich nichts neues unter der Sonne.

Jetzt will ich aber, schon mit Rücksicht auf die Gemeinderatswahlnervosität, die Nerven meiner schönen Leserinnen nicht mehr länger auf die Zerreißprobe stellen und schließlich könnte am Ende noch jemand glauben, daß z'Bärn jeden Tag irgend etwas passierte.

Christian Lueggue.